

Auf einmal sind 2000 Euro fällig

Die Fernwärme-Abrechnungen mancher Eon-Kunden sind derart dramatisch, dass sie Protest provozieren

Von Thomas Öchsner

Am Anfang, als Eon zum ersten Mal den Abschlag für die Fernwärme deutlich erhöht hat, war für Susanne Rauth die Welt noch in Ordnung. „Das wird nicht so schlimm, das bekommen wir schon hin, dachten wir damals“, sagt sie. 31 Euro mehr im Monat sollten sie und ihr Mann für ihr Einfamilienhaus vom 1. Januar 2022 an zahlen, insgesamt 155 Euro im Monat für warmes Wasser und Fernwärme. „Es ist uns wichtig, dass Sie sich frühzeitig auf höhere Wärmepreise einstellen“, hieß es damals in dem Schreiben von Eon Energy Solutions. Gut ein Jahr später, Anfang November 2022, mit der Jahresabrechnung für 2021, war für die Rauths dann aber nichts mehr in Ordnung: Mehr als 2000 Euro sollte das Ehepaar für 2021 nachzahlen, und nicht nur das: Den Abschlag erhöhte die Tochterfirma von Eon von 15 auf satte 731 Euro im Monat, ein Aufschlag von rund 372 Prozent. „Das ist doch absurd, wir hätten niemals gedacht, dass so etwas möglich ist“, sagt Rauth.

Die 55-jährige Versicherungskauffrau lebt mit ihrem Gatten, einem Speditionskaufmann, seit 24 Jahren im eigenen Haus im hessischen Schwalmbach, zwischen Frankfurt und Wiesbaden, in einer Siedlung mit 3500 Haushalten, die alle Fernwärme von Eon beziehen. Wie die Rauths haben dort auch etliche andere Eon-Kunden exorbitant hohe Abrechnungen bekommen. Sie alle verstehen nicht, wie diese Preise zustande kommen, und fragen sich, ob diese fair berechnet sind – eine Frage, die gerade Millionen anderer Fernwärmekundinnen und -kunden in Deutschland ebenfalls untreiben dürfte.

„Fern“ – nämlich nicht im eigenen Haus per Heizkessel, sondern mit der Wärme über ein entferntes Kraftwerk – zu heizen, galt lange als günstige und preisstabile Lösung. Fast jede siebte Wohnung ist an ein Fernwärmenetz angeschlossen, es ist nach der Versorgung mit Gas und Öl die dritthäufigste Art in Deutschland zu heizen. Allerdings gilt: einmal Fernwärme, immer Fernwärme. „Wir sind Zwangskunden“, sagt Rauth. Das Ehepaar kann nicht einfach den Anbieter wechseln oder kündigen, wenn die Preise anziehen. Bezieher von Fernwärme müssen sich in der Regel mindestens zehn Jahre an einen regionalen Anbieter mit einer Monopolstellung binden.

Die Landeskartellbehörde in Nordrhein-Westfalen ist schon alarmiert

Die Verbraucherinnen und Verbraucher sind daher ohne Wettbewerb den „Konditionen des Versorgers weitestgehend ausgeliefert. Weder können sie sich gegen eine übermäßige Preiserhöhung zur Wehr setzen, noch können sie ihr ausweichen“, heißt es in einem Gutachten des Bundesverbands der Verbraucherzentralen (VZBV). Doch nun regt sich Protest.

Landauf, landab sind Bürgerinitiativen in Sachen Fernwärme entstanden. In Schwalmbach, wo Susanne Rauth Mitglied einer Interessengemeinschaft ist, genauso wie im Hamburger Stadtteil Lohrbrügge oder in Erkrath-Hochdahl in der Nähe von Düsseldorf. Dort haben mittlerweile besorgte Bürger an die Landeskartellbehörde in Nordrhein-Westfalen geschrieben. Ihr Vorwurf: Eon Solutions Energy und damit der Dax-Konzern Eon bereichere sich auf Kosten seiner Kunden. In den Briefen wird auf den Preis für Gas verwiesen, mit

dem Eon unter anderem seine Kraftwerke für die Fernwärme betreibt. In den Abrechnungen unterstelle das Unternehmen, dass sich der Gaspreis bereits für alle Monate des Jahres 2021 verdoppelt habe. Tatsächlich sei der Gaspreis bis Mai 2021 stabil gewesen. In dem Schreiben heißt es außerdem: Eon-Mitarbeiter hätten in privaten Gesprächen zugegeben: „Zurzeit verdient sich Eon dumm und dusselig“.

Können die Unternehmen dank der Preisbremse die Staatskasse plündern?

Wie die Rauths soll auch Werner Siepe, der in Erkrath-Hochdahl bei Düsseldorf mit seiner Frau in einem Einfamilienhaus wohnt, mehr als 2000 Euro für 2021 für Fernwärme an Eon nachzahlen. Siepe ist Mathematiker. Er hat in einer 45-seitigen Studie die Fernwärmepreise von Eon unter die Lupe genommen. Das Ergebnis, für das er die Preise von 21 von Eon betriebenen Fernheizkraftwerken untersucht hat: „Fernwärme von Eon war besonders teuer in den Jahren 2021 und 2022.“ Misstrauisch machten Siepe ebenfalls die hohen Preisunterschiede. Die vom Verbrauch abhängigen Arbeitspreise kletterten laut seiner Studie von 2020 zu 2021 in einer Spanne von 70 Prozent (Leverkusen-Steinbüchel) bis 185 Prozent (Elmsborn), wobei die Arbeitspreise 2021 zwischen 7,3 Cent und 12,2 Cent pro Kilowattstunde (kWh) ohne Mehrwertsteuer lagen. Für 2022 dürften sich laut Siepe die Arbeitspreise für die Eon-Kunden in 18 Fernwärmestandorten etwa verdoppeln und in drei Standorten sogar um 138 bis 159 Prozent steigen. Sie liegen dann je nach Fernheizwerk und Versorgungsgebiet zwischen 15,4 und 30 Cent pro kWh. Unterm Strich kommt Siepe zum Ergebnis, dass sich die Arbeitspreise in den 21 untersuchten Stadtteilen „innerhalb von zwei Jahren im Durchschnitt vervierfacht“ haben.

Nun muss man wissen, dass Eon die Kosten für die Fernwärme anhand verschiedener Preisindizes des Statistischen Bundesamts berechnet, wie etwa dem Index G für „Erdgas Börsennotierung“ oder Z für „Wärmepreisindex“. Diese Indizes und Formeln zur Berechnung von Änderungen beim Arbeitspreis seien für private Fernwärmekunden „ohne statistisches und mathematisches Wissen nicht nachvollziehbar“, sagt Siepe. Er wirft Eon vor, die Indizes nach Gutdünken in den Fernwärmestandorten unterschiedlich zu gewichten. Preiserhöhungen würden daher „weder die tatsächlichen Kosten auf der Beschaffungsseite noch die Verbraucherpreise auf der Absatzseite widerspiegeln“, sagt er.

Eigentlich müssten laut der amtlichen Fernwärmeverordnung die Versorger über ihre Preise und Klauseln für Preisänderungen „vollständig und in allgemein verständlicher Form informieren“. Daran hapert es aber schon länger. Im Dezember 2018 stellten die „Marktwächter Energie“ der Verbraucherzentralen fest, die Klauseln für Preisänderungen seien weder verständlich noch nachvollziehbar. Der Verbraucherzentrale-Bundesverband kritisierte kürzlich in einer Studie, dass lediglich zwei Drittel der Anbieter eindeutige Angaben zu ihren Preisen und deren Änderungsklauseln veröffentlichten. Eon weist die Vorwürfe zurück. Anhand der Unterlagen zu den Rechnungen könne jede Kundin und jeder Kunde „die Berechnung nachvollziehen“. Die Preisindizes des Sta-



Fernwärmekunden können nicht einfach kündigen und den Anbieter wechseln, wenn es teurer wird. FOTO: JOCHEN TACK/IMAGO

tistischen Bundesamtes seien „eine objektive und unabhängige Berechnungsgrundlage für Preispassungen“. Eon verweist im Übrigen auf die Beschaffungskosten für Energie, die sich nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine verglichen mit Anfang 2021 „um ein Vielfaches erhöht“ hätten. Die Kartellbehörden schauen jedoch schon länger auf die Fernwärmeverorger. 2017 beanstandeten die Wettbewerbsbehörden in einem Verfahren gegen drei Anbieter bereits zu hohe Preise. 55 Millionen Euro zahlten die Unternehmen deshalb an die Kunden zurück. 12,3 Millionen Euro entfielen damals auf Innogy (gehört heute zum Eon-Konzern), die ihren Kunden 2017 und 2018 einen Rabatt auf den nicht vom Verbrauch abhängigen Grundpreis gewährten. Nun könnten die Fernwärmepreise erneut ein Fall für das Bundeskartellamt werden.

Unter den Verbraucherzentralen und im Dachverband VZBV gibt es Gespräche über eine Musterfeststellungsklage zu den Fernwärmepreisen, mit der zum Beispiel eine Verbraucherzentrale oder der VZBV ein Unternehmen verklagen kann. Beim Dieseldiesel- und Abgaskandal haben die Verbraucherschützer das im Falle des Volkswagen-Konzerns bereits mit Erfolg durchgezogen. Der Vorteil für die Kunden: Ihre Ansprüche verjähren während des Musterverfahrens nicht, bis gerichtlich geklärt ist, ob ein Unternehmen gegen geltendes Recht verstoßen hat. Jetzt würde es in so einer Musterklage darum gehen, „dass die für die Berechnung der Fernwärmepreise verwendeten Klauseln die Verbraucher unangemessen benachteiligen“, sagt Jan Bornemann von der Verbraucherzentrale Hamburg. Kundin Susanne Rauth sagt dazu: „Ich könnte mir vorstellen, da mitzumachen.“

Bis es möglicherweise so weit ist, greifen erst einmal die Preisbremsen für Energie, die es auch für Fernwärme gibt. Der gedeckelte Preis für Wärme beträgt dann laut Bundesregierung rückwirkend zum 1. Januar 9,5 Cent mit Mehrwertsteuer je Kilo-

wattstunde, und zwar für 80 Prozent des Vorjahresverbrauchs. Die Differenz zum Marktpreis, der nach den Berechnungen von Siepe 2022 bei Eon noch zwischen 16,5 und 32 Cent mit Mehrwertsteuer für 21 Fernwärmestandorte lag, zahlt der Staat an den Fernwärmeverorger. Dieser wiederum muss seine Kunden entsprechend entlasten. Dem Präsidenten des Bundeskartellamts, Andreas Mundt, bereitet dieses Verfahren Sorgen. Er befürchtet, dass die Versorger so einen Anreiz haben könnten, „Preise stärker als nötig nach oben zu schrauben“. Bei der Kontrolle der Energiepreisbremsen werde es deshalb darum gehen, „den Staat und die Steuerzahler vor einer Plünderung der Staatskasse zu bewahren“, sagte Mundt der FAZ.

Susanne Rauth jedenfalls ist gespannt, wie es weitergeht. Sie und ihr Ehemann haben zunächst nicht die gut 2000 Euro, sondern 1000 Euro nachgezahlt und ihre Abschlagszahlung von den gewünschten 731 Euro auf 300 reduziert. Jetzt warten sie ab, wie Eon reagiert. Währenddessen sparen die Rauths nun noch mehr Energie als früher. Geheizt wird nur noch in den Räumen, die gerade benutzt werden. Rauth sagt: „Wir werden schon irgendwie über die Runden kommen“, andere Eon-Kunden in ihrer Siedlung in Sozialwohnungen oder Rentner seien viel schlimmer dran. Sie wüssten nicht, „wie sie die Nachzahlungen finanzieren sollen“. Und dann sagt Rauth und lacht dabei: „Vielleicht sollte ich jetzt Eon-Aktien kaufen.“